

Ernüchterung bei den Grünen

Warum die Vereinbarungen des Koalitionsausschusses zum Problem für die Partei werden könnten

THERESA MÜNCH

Berlin. Was taugen die hart errungenen Beschlüsse der Ampel-Spitzen? Bundeskanzler Olaf Scholz und seine Koalition haben am Tag nach ihrer umkämpften Einigung viel Kritik von Opposition und Verbänden eingesteckt. Im Bundestag verteidigte der Kanzler am Mittwoch die Ergebnisse der dreitägigen Verhandlungen: „Jetzt kommt Tempo in Deutschland“, versprach er in einer Regierungsbefragung. Besonders hob der SPD-Politiker dabei die Modernisierung von Autobahnstrecken und zusätzliche Milliarden für die Bahn hervor. Die Union dagegen kritisierte in seltener Einigkeit mit Umweltverbänden die Aufweichung von Klimaschutzregeln. Von den drei Partnern der Ampelkoalition zeigte sich einer ziemlich ernüchtert: Die Grünen.



Die Grünen konnten sich im Koalitionsausschuss mit ihren Vorstellungen zum Klimaschutz kaum durchsetzen – ein Scheitern der Verhandlungen wollten sie jedoch nicht riskieren.

Die Spitzen von SPD, Grünen und FDP hatten von Sonntag bis Dienstag netto etwa 30 Stunden im Bankettsaal im fünften Stock des Berliner Kanzleramts beraten. Das Ergebnis sind 16 Seiten, die nun naturgemäß ziemlich unterschiedlich bewertet werden. Während SPD-Chef Lars Klingbeil meint, es sei ein „großes Modernisierungspaket“, das das Land „über die nächsten Jahrzehnte verändern“ werde, bezeichnet CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt das Ergebnis als „nicht einmal ein Wümmchen“. Der Kanzler hatte schon vor der Verkündung von „sehr, sehr, sehr guten Ergebnissen“ gesprochen, schaltete im Bundestag am Tag danach auf Angriffsmodus und wies jede Kritik schroff zurück. Der Opposition warf er „unehrliche politische Parolen“ vor und machte sich erneut über „mediales Topfschlagen“ lustig, das noch nie so daneben gelegen habe wie bei diesem Koalitionsausschuss.

Dreierkoalitionen haben auch an sich, dass sich schon mal zwei gegen einen verbünden. Nach diesem Koalitionsausschuss sind die Unterschiede in den Kommentierungen besonders deutlich. Während SPD und FDP jubeln, herrscht bei den Grünen Ernüchterung. „Das, was wir beschlossen haben, das reicht noch nicht. Deshalb werden wir auch dranbleiben“, sagte Parteichefin Ricarda Lang im Deutschlandfunk. „Aber wir haben Fortschritte mit drin.“ Die Bremer SPD-Bundestagsabgeordnete und Staatsministerin im Bundeskanzleramt, Sarah Ryglewski, sagte hingegen: "Wir treiben die Modernisierung unseres Landes entschlossen voran – mit neuer Deutschlandgeschwindigkeit, das heißt: Fortschritt und Transformation, ohne jemanden zurückzulassen – damit Deutschland auch in den nächsten Jahrzehnten ein modernes und starkes Land bleibt."

Für die Grünen ist das Beschlusspapier eine bittere Pille. Die geplante Novelle des Klimaschutzgesetzes genügt nicht den eigenen Ansprüchen im Kampf gegen die Erderwärmung, Umweltorganisationen reagierten entgeistert. Auch eine lange Liste an Autobahn-Ausbauprojekten akzeptierten die Grünen am Ende. Dafür sollen Solaranlagen und Windräder entlang der Straßen sprießen. FDP-Verkehrsminister Volker Wissing, der bislang kein ausreichendes Arbeitsprogramm zur Schließung der Klimaschutzlücke in seinem Bereich vorgelegt hat, hat künftig weniger Druck – schließlich soll die Bundesregierung insgesamt mehr Verantwortung für CO₂-Einsparungen übernehmen und die zuständigen Minister etwas weniger.

Die Grünen sehen sich beim Klimaschutz in Opposition zu SPD und FDP. Für die SPD mit Kanzler Olaf Scholz sind sie ernst zu nehmende politische Konkurrenten, die FDP wiederum kämpft mit dürftigen Landtagswahlergebnissen. Eine Konstellation, die den roten und gelben Ampelpartnern wenig Lust machen dürfte, den Grünen bei ihrem Kernthema entgegenzukommen. Die Grünen wählten am Ende den Spatz in der Hand anstelle der Taube auf dem Dach – ein Scheitern wollten sie nicht riskieren.

Denn auch nach dem schier endlosen Koalitionsausschuss sind längst nicht alle Auseinandersetzungen der drei Partner geklärt: Die umkämpfte Finanzierung der Kindergrundsicherung, ein Herzensprojekt der Grünen, wurde dem Vernehmen nach nicht einmal angesprochen. Im Beschlusspapier jedenfalls kommt sie nicht vor. Das kritisierte Bremens Sozialsenatorin Anja Stahmann (Grüne): Die Kindergrundsicherung dürfe nicht infrage gestellt werden, sagte Stahmann. „Wenn wir soziale Nachteile ausgleichen und Lebenschancen von Kindern aus wirtschaftlich prekären Verhältnissen verbessern wollen, ist die Kindergrundsicherung unabdingbar.“

Auch den Haushaltsstreit klammerten die Koalitionsspitzen bewusst aus. Denn hier prallen Milliardenwünsche der Ministerien weiter auf Lindners Sparkurs – mit bisher kaum sichtbarer Bewegung. Inzwischen scheint realistisch, dass der Finanzminister seinen Entwurf erst nach der Steuerschätzung im Mai ins Kabinett schickt. Dann könnten die Spielräume zumindest etwas größer sein als bisher.
